

HANNS-SEIDEL-STIFTUNG E.V.

BERICHTE AUS DEM AUSLAND
8 / 2008

Politischer Bericht aus Brüssel

- 1. Europa beklatscht China - China auf Kuschelkurs?**
- 2. EU-Vertrag im Deutschen Bundestag angenommen**

28. April 2008

Markus Russ
Leiter der Verbindungsstelle Brüssel



Herausgeber:

**Büro für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau/
Internationale Konferenzen
Verantwortlich: Ludwig Mailinger**

Adresse:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Lazarettstr. 33
80636 München
Tel.: +89 1258-202 oder -204
Fax: +89 1258-368
E-Mail: mailing@hss.de

Mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder; die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werks darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Herausgebers reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

1. Europa beklatscht China - China auf Kuschelkurs?

Anmerkungen zu den Europäisch – Chinesischen Beziehungen

Besser hätte es für EU-Kommissionschef José Manuel Barroso gar nicht kommen können: Freimütig und unverblümt habe er die Tibet-Frage angesprochen und einen Dialog mit dem Dalai Lama gefordert, verkündete der Portugiese am 25. April nach seinem Treffen mit Chinas Regierungschef Wen Jiabao. Er sei zuversichtlich, dass es schon bald eine „positive Entwicklung geben werde“. Fast zeitgleich schickte eine Nachrichtenagentur die Meldung vom überraschenden Gesprächsangebot Pekings an das geistliche Oberhaupt der Tibeter über den Ticker.

Das versöhnliche Signal war pünktlich zum Besuch eines Brüsseler Großaufgebots aus Barroso und neun Kommissaren, einem Drittel der gesamten Kommission, bestens platziert. Wie viel es wert ist, muss sich erst erweisen. Die EU kann es jedenfalls als Zeichen werten, dass gemeinschaftlicher Druck wirkt. Dennoch bleibt China ein Paradebeispiel dafür, wie schwer sich Europa mit dem Spagat zwischen Menschenrechts-Forderungen einerseits und der Verteidigung strategischer und wirtschaftlicher Interessen andererseits tut.

Sorgsam hatte Barroso schon im Vorfeld jegliche Olympia-Boykottforderungen vermieden und die Souveränität Chinas betont, um das Klima für die übrigen Fragen nicht zu verderben. Denn der Besuch gehört zu einer Reihe hochrangiger Treffen, in denen sich Europäer und Chinesen über eine engere Zusammenarbeit verständigen wollen. Dies ist auch dringend nötig.

Wirtschaftspolitisch ist China das Land, das der EU am meisten Kopfzerbrechen bereitet. Es bestehe die Gefahr, dass die Europäer den Aufstieg Pekings als Bedrohung ansehen, warnte Barroso erst jüngst. Grund sind massive Handelshemmnisse, Dumping-Praktiken sowie Massen von unsicheren Waren und Plagiaten. Die Folge: Obwohl China als Boom-Markt gilt, sind die Ausfuhren Europas dorthin bescheiden. Das Außenhandelsdefizit summierte sich 2007 auf mehr als 160 Milliarden Euro.

Laut einer Studie der Europäischen Handelskammer in Peking gehen EU-Unternehmen in China Geschäftsmöglichkeiten von 20 Milliarden Euro verloren, weil ihnen zu viele Hürden den Weg ins Reich der Mitte verstellen. So sind Firmen bei jeder Neugründung gezwungen, einen chinesischen Partner zu 50 Prozent zu beteiligen und am Ort Forschung zu betreiben. Das schreckt ab. Hinzu kommen schärfere chinesische Visa-Bestimmungen für Händler und Investoren vor den Olympischen Spielen. „Sie behindern die Geschäfte und machen Reisen teurer und unkalkulierbarer“, so die Europäische Handelskammer. Die EU wirft China zudem vor, zahlreiche Exportprodukte mit Subventionen künstlich so zu verbilligen, dass europäische Hersteller keine Chance haben. In 41 Fällen sind deshalb Anti-Dumping-Auflagen in Kraft. Diese umfassen unter anderem Strafzölle gegen chinesische Schuhe und Energiesparbirnen.

Hinzu kommt: Mehr als jedes zweite Alltagsprodukt, das in Europa vom Markt genommen werden muss, stammt aus China. Von den gefälschten Markengütern, die der Zoll an den EU-Außengrenzen beschlagnahmt, kommen fast 80 Prozent aus dem Reich der Mitte - sei es Luxusuhr oder Arzneimittel. Daran wird sich so schnell nichts ändern. Immerhin bekundete Peking den Willen zur verbesserten Kooperation und zum Abbau des Handelsüberschusses.

Man bleibt im Dialog – das ist das Wichtigste. Auch beim Klimaschutz. China hat die USA beim Ausstoß von Treibhausgasen in absoluten Zahlen bereits jetzt überholt. Ohne die beiden Hauptverschmutzer im Boot, sind die europäischen Klimaanstrengungen nichts als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die EU will Peking deshalb bei den Weltklimaverhandlungen in Kopenhagen 2009 erstmals auf konkrete CO₂-Abbau-Ziele verpflichten. Ohne Gegenlei-

stung wird China die Bereitschaft aber kaum zeigen. Und so muss Europa am Ende wohl wählen, was wichtiger ist: Wirtschaftliche Interessen, Menschenrechte oder das Weltklima.

Hintergrund: China und Afrika: Zwei ungleiche Wirtschaftspartner

Mit seinem rasanten Wirtschaftswachstum ist China mittlerweile zur viertgrößten Weltwirtschaft und zweitgrößtem Ölverbraucher der Welt aufgestiegen. Und der Energiehunger der Chinesen wächst weiter: bis 2025 wird sich die Nachfrage nach Öl voraussichtlich verdoppeln. Auch andere Rohstoffe sind im bevölkerungsreichsten Land der Erde stark begehrt: China ist bereits heute der weltgrößte Verbraucher von Eisenerz, Kupfer, Zink und Steinkohle.

Kein Wunder also, dass die Chinesen jenseits von Asien nach Nachschub suchen und sich seit einigen Jahren immer stärker in Afrika engagieren. Etwa 30 Prozent der Rohöleinfuhren Chinas kommen inzwischen vom schwarzen Kontinent. Und Erdöl macht allein 50 Prozent aller afrikanischen Exporte nach China aus.

Für das rohstoffarme Europa ist die Zusammenarbeit der beiden ungleichen Partner mit Problemen verbunden: zum einen treibt die Nachfrage nach Rohstoffen die Preise nach oben. Zum anderen verfolgt China in Afrika eine rein wirtschaftliche Interessenspolitik. Durch chinesische Kredite und Infrastrukturmaßnahmen begibt Afrika sich dadurch in neue Abhängigkeiten.

Europa muss dringend eine Strategie entwickeln, die auf fairen Handel, transparente Wirtschaftshilfe und eine bessere Integration Afrikas in die Weltwirtschaft setzt.

2. EU-Vertrag im Deutschen Bundestag angenommen

Der Bundestag hat am 25. April mit großer Mehrheit dem Vertrag von Lissabon zugestimmt: von 574 Abgeordneten votierten 515 für den Vertrag und 58 dagegen.

Dieser enthält grundlegende Reformen, die Europa demokratischer und handlungsfähiger machen sollen. Auch neue Top-Jobs sind zu vergeben: Künftig werden ein EU-Präsident und ein Außenminister der Gemeinschaft in der Welt Gesicht und Gewicht geben.

Nach der Zustimmung im Bundestag setzen Gegner des neuen EU-Grundlagenvertrags auf das Bundesverfassungsgericht. Einige von ihnen planen, juristisch gegen den Vertrag vorzugehen - Brüssel bekomme zu viele Kompetenzen, so die Begründung.

Was regelt der neue Vertrag? - Die wichtigsten Fragen und Antworten:

Tritt der Vertrag nach der Zustimmung des Bundestags schon in Kraft?

Nein. Der Text muss in allen 27 EU-Mitgliedsstaaten angenommen werden, damit er zum 1. Januar 2009 in Kraft treten kann. Bisher hat ihn rund ein Drittel der EU-Länder ratifiziert. Irland legt den Vertrag als einziges EU-Mitglied seinen Bürgern in einem Referendum am 12. Juni 2008 vor. Sagen die Iren „Nein“, droht ihm das Aus und Europa eine tiefe Krise. Denn schon die „EU-Verfassung“, deren Kern-Reformen der neue Vertrag übernimmt, scheiterte am Volk. Franzosen und Niederländer lehnten diese im Jahre 2005 ab. Gefahr für den Ratifizierungsprozess könnte auch aus einer Klage beim deutschen Bundesverfassungsgericht resultieren. Bundespräsident Horst Köhler dürfte in diesem Fall das Urteil der Karlsruher Richter abwarten, bevor er das Ratifizierungsgesetz unterschreibt.

Haben die Bürger in Europa künftig mehr zu sagen?

Ja. Mit einer Million Unterschriften können Bürger die EU-Kommission künftig auffordern, Gesetzesvorschläge zu unterbreiten. Der Reformvertrag macht zudem die europäische Grundrechtecharta rechtsverbindlich. Sie hält in 54 Artikeln alle europäischen Bürgerrechte fest - etwa das auf eine gute Verwaltung. Zudem bekommen die gewählten Volksvertreter im Europaparlament mehr Macht. Statt wie bisher bei 75 Prozent der Gesetzesvorhaben bestimmen sie künftig bei nahezu 100 Prozent mit. Neu kommen so wichtige Bereiche wie Einwanderung, Datenschutz und Innere Sicherheit hinzu, alles Bereiche, die bisher in die alleinige Kompetenz der Nationalstaaten fielen.

Verliert der Bundestag an Kompetenzen?

In der Tat kommen rund 70 Prozent unserer Gesetze bereits aus Brüssel - vom Verbraucherschutz bis zu Umweltvorgaben. Dieser Trend wird sich eher verstärken, denn die EU erweitert mit diesem Reformvertrag ihre Kompetenzen etwa in den Bereichen Energiepolitik, Asyl, Katastrophenschutz sowie Tourismus. Doch die nationalen Parlamente erhalten neue Möglichkeiten, sich gegen eine zu große Machtausweitung Brüssels zu wehren.

Welche sind das?

Künftig kann eine Minderheit von nur 25 Prozent der Bundestags-Abgeordneten eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof anstrengen, wenn sie sich von der EU in ihren Zuständigkeiten verletzt sieht. Bislang darf dies nur die Bundesregierung. Auch der Bundesrat kann Klage erheben – sogar auf Antrag eines einzelnen Bundeslandes. Zudem muss die EU-Kommission künftig ihre Gesetzesvorschläge überprüfen, wenn dies mindestens ein Drittel der nationalen Parlamente innerhalb von acht Wochen verlangt. Ein „Kompetenzkatalog“ soll zudem die Zuständigkeiten der Union künftig klarer von denen der EU-Staaten abgrenzen

Wird die EU mit dem Vertrag handlungsfähiger?

Ja. In vielen Fällen entfällt der Zwang zur Einstimmigkeit. Dadurch werden EU-Beschlüsse erleichtert, ein Staat kann mit seinem Veto nicht mehr alle anderen blockieren. Die 27 EU-Staaten stimmen im Ministerrat künftig in 181 statt bisher 137 Politikbereichen mit Mehrheit ab – dazu gehören auch Polizei- und Justizzusammenarbeit, Asyl und Verkehr. Auf sensiblen Gebieten wie der Außen-, Steuer- und Sozialpolitik gilt aber weiter Einstimmigkeit.

Sorgt der neue EU-Präsident dafür, dass Europa künftig einheitlicher auftritt und mit einer Stimme spricht?

Nicht unbedingt. Denn noch ist ungeklärt, ob er nur die Europäischen Räte (Gipfel) leiten oder in laufende Geschäfte eingreifen darf. Die Staats- und Regierungschefs wollen möglichst wenig Befugnisse abgeben. Doch ein purer Zeremonienmeister im Präsidenten-Amt dürfte der Gemeinschafts-Politik kaum mehr Kontinuität und Gewicht in der Welt verleihen können. Als Favorit für den Posten gilt derzeit Luxemburgs Premier Jean-Claude Juncker. Der hat schon klargestellt: Als reine Repräsentationsfigur ist er sich zu schade. Nicht nur mit den Staats- und Regierungschefs drohen Konflikte. Auch mit dem neuen Außenminister. Dieser erhält einen eigenen diplomatischen Dienst und wird selbst das Gesicht der EU in der Welt sein wollen.

Legt der Vertrag die Grenzen der EU fest?

Nein. Die EU holt mit dem Vertrag überfällige Struktur-Reformen nach, die bereits vor der Osterweiterung 2004 erfolgen sollten, um die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft zu erhalten. Ob sie mit den Neuerungen fit genug für neue Beitritte ist, bezweifeln viele. Die Aufnahme-Kriterien wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft etc. bleiben durch

den Vertrag jedenfalls ebenso unangetastet wie die laufenden Beitritts-Gespräche mit der Türkei und Kroatien.